

#FÜRSIEDA

IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR WILMERSDORF-SÜD UND SCHMARGENDORF - AUSGABE DEZ. 2025



Liebe Leserinnen und Leser,

Berlin freut sich auf ein besinnliches Weihnachtsfest und eine ausgelassene Feier zum Jahreswechsel. Im neuen Jahr warten dann auch spannende Zeiten auf uns. Im September wählt Berlin ein neues Abgeordnetenhaus und stellt damit die Weichen für die Zukunft! Und welche Zukunft es sein wird, das hängt an jeder einzelnen Stimme. Es darf keinen Zweifel geben, dass diese Zukunft demokratisch sein muss.

Deshalb kandidiere ich erneut als Ihr Direktkandidat in Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf. Als Demokrat liegt mir unser Zusammenhalt im Kiez sehr am Herzen.

Ich stehe mit meinem Büro am Rüdesheimer Platz 7 tagtäglich zur Verfügung. Sie erreichen mich dort per Telefon, Email oder mit einem guten altmodischen Brief. Lassen Sie uns einen Termin vereinbaren und kommen Sie mit Ihren Anliegen, Kritik oder Vorschlägen vorbei.

Mein Ziel ist es, Ihre Anliegen schnell und bedarfsgerecht zu bearbeiten. Dafür habe ich mein Team erweitert, damit wir unser Büro für Sie länger geöffnet halten können

Ansonsten wünsche ich Ihnen und Ihren Angehörigen eine besinnliche Zeit und einen guten Start ins neue Jahr 2026.

Herzlichst,
Ihr Florian Dörstelmann, MdB

FLORIAN DÖRSTELMANN
Vorsitzender des Ausschusses für Inneres, Sicherheit und Ordnung, Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Industrie und Betriebe sowie für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz.

So können Sie mich erreichen!

BÜRGERBÜRO FLORIAN DÖRSTELMANN
Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Öffnungszeiten:
Mo. - Do.: 10:00 - 17:00 Uhr
Freitag: 10:00 - 14:00 Uhr

Telefon:
0177/8196272

E-Mail:
florian.doerstelmann@spd.parlament-berlin.de

Website:
florian-doerstelmann.de



Der Spitzenkandidat der Berliner SPD, Steffen Krach, und der Abgeordnete für Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf, Florian Dörstelmann, wollen eine erfolgreiche Politik für die Stadt gestalten . Foto: Jürgen Jänen

Florian Dörstelmann ist wieder da - Neues Kiezbüro in der alten Apotheke

Am 06.09.2025 war es endlich soweit: Die „Alte Apotheke“ am Rüdesheimer Platz erwachte nach jahrelangem Leerstand zu neuem Leben. Der SPD-Abgeordnete für Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf, Florian Dörstelmann, lud zur Eröffnung seines neuen Bürgerbüros ein.

Nach langen Jahren in der Landauer Straße 8 – fast vis-à-vis – auf der anderen Seite des Platzes, folgte nun der Einzug in neue Räume. Die Resonanz war enorm. Mehr als 150 Menschen aus der Nachbarschaft, aber auch Polit-Prominenz von der Landes- und Bezirksebene sowie Gäste aus anderen Bezirken kamen vorbei, gratulierten und stießen im Spätsommersonnenschein gut gelaunt bei Weißwurst, Brezeln und Kartoffelsalat und zur Musik des Bläser-Sextets „Spreeblech“ auf das neue Wahlkreisbüro an.

Bis zum frühen Abend saßen die Gäste innen und auf Bierbänken vor dem neuen Büro. Einige nutzten die Gelegenheit von dort direkt auf die Empore zum „Weinbrunnen“ zu wechseln, der den letzten Tag in dieser Saison geöffnet hatte. Und schnell wurde bei den Gesprächen klar, dass sich viele Menschen aus der Umgebung freuen, Anliegen, die den Bezirk betreffen, jetzt wieder direkt bei „ihrem Abgeordneten“ vor Ort anbringen zu können.



Florian Dörstelmann vor seinem neuen Kiezbüro am Rüdesheimer Platz. Foto: Hannes Kreschel

THEMEN IN DIESER ZEITUNG

STADTBILD
Ein Gastbeitrag von Tom Schreiber
SEITE 2

IHR KANDIDAT ALS REGIERENDER BÜRGERMEISTER
Steffen Krach stellt sich vor
SEITE 3

NEUES AUS DEM BEZIRK
Vorstellung der Bezirksbürgermeisterkandidatin Heike Schmitt-Schmelz
SEITE 4

SICHER IM KIEZ
Innenstaatssekretär Hochgrebe zur sozialdemokratischen Sicherheitspolitik
SEITE 5

NEUES AUS DEM WAHLKREIS
Unsere Serienempfehlung: Hundertdreizehn
SEITE 6

Florian Dörstelmann weiß auch schon, wie es mit dem Büro weitergehen soll. „Eine Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger ist es ja schon wieder“, sagte er auf die Frage, ob das Büro denn wohl angenommen werde, „aber es soll auch - wie in der Vergangenheit die „Landauer acht“ – ein Ort für Politik und politische Veranstaltungen werden“.

Geplant ist vor allem, ab Februar, die beliebte Gesprächsreihe der „Wilmersdorfer Gespräche“ wieder aufzunehmen, ein Format, bei dem sich Florian Dörstelmann prominente Gäste zum Gespräch und zur Diskussion mit dem Publikum einlädt. Es wird also spannend, wer den Auftakt machen wird. Verraten wollte Dörstelmann das noch nicht, aber soviel, dass es wohl ein Mitglied des Senats sein werde, war ihm doch zu entlocken.

Bei all dem, was in der Stadt derzeit los ist, scheint es aber auch fast zweitrangig, welche Senatorin oder welcher Senator es denn sein wird – denn zu fragen und zu diskutieren gibt es sicherlich genug und das Interesse dürfte groß werden. Gute Voraussetzungen also für neue Ideen in der „alten Apotheke“ am Rüdesheimer Platz. „Ich freue mich wieder in meinem Kiez am Rüdesheimer Platz vertreten zu sein“, so Dörstelmann zum Abschluss der Veranstaltung.

Schwerpunktsetzungen für den Berliner Doppel-Landeshaushalt 26/27 beschlossen

Die Koalition aus SPD und CDU hat in den letzten Monaten intensiv den vom Senat vorgelegten Entwurf für den Doppelhaushalt 2026/2027 in den Ausschüssen beraten und weitere wichtige politische Schwerpunktsetzungen der Fraktionen für die Schlussrunde der Haushaltsberatungen am 20. November 2025 getroffen.

Die wichtigsten und wesentlichen Entscheidungen werden im Folgenden vorgestellt:

Gleichstellung, Arbeit, Soziales

Frauenschutzplätze: vier Mio. Euro für die Eröffnung eines neuen Frauenhauses und die Rücknahme von Kürzungen, hinzu kommen 16 Mio. Euro für neue Frauenschutzplätze, neben den zehn Mio. Euro im Sondervermögen. Weiterhin sind Mittel für den Gewaltschutz eingestellt. Für ein Azubiwohnheim und Azubiwohnen sind 14 Mio. Euro bereitgestellt. Für die Obdachlosenhilfe werden ca. 1,5 Mio. Euro bereitgestellt.

Umwelt- und Klimaschutz

Baumentscheid: Eine weitere Milliarde Euro für die Bäume sind neben der bereits vorhandenen Milliarde im Sondervermögen verabredet. Hinzu kommen ca. acht Mio. Euro für unser Kleingewässerprogramm für Teiche und Bäche in den Bezirken.

Innere Sicherheit

Alle Maßnahmen des Sicherheitsgipfels werden vollständig finanziert. Neue Einsatzwagen für Polizei und Feuerwehr werden mit ca. sieben Millionen Euro finanziert. Zusätzlich werden 24 neue Stellen für Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung (3,6 Millionen Euro, zwei neue Stellen pro Bezirk) zur Verfügung gestellt.

Es wird ein Deradikalisierungs-

programm gegen Rechtsextremismus der Landeskommision gegen Gewalt finanziert.

Justiz und Verbraucherschutz

Es werden zusätzliche 3,6 Millionen für die Staatsanwaltschaft im Bereich der Vermögensabschöpfung, Geldwäsche und den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, zum Beispiel im Mietwagengewerbe, zur Verfügung gestellt. Zusätzlich werden vier Millionen Euro in mehr Sicherheit für die Justizgebäude in die Hand genommen. Damit sollen Bedrohungen durch organisierte Kriminalität bekämpft werden.

Es sind außerdem Mittel für den Tierschutz und das Tierheim sowie für den Verbraucherschutz und die Ernährungsstrategie geplant.

Gesundheit und Wissenschaft

Im Sondervermögen waren bereits 1,2 Mrd. für die Krankenhäuser bereitgestellt (inkl. Bundesmittel). Die Stroke-Mobile für die Versorgung von Schlaganfallpatienten sind mit zehn Mio. Euro gesichert. Die Mittel für die Hebammenausbildung wurden mit drei Mio. Euro gesichert, ebenfalls die Finanzierung für das Psychiatrie-Entwicklungsprogramm (PEP) in den Bezirken mit 5 Mio. Euro. Zudem sind Mittel für den Masterplan psychische Gesundheit eingestellt worden. Für Drugchecking und Konsumräume sind Mittel von insgesamt ca. zehn Mio. Euro vorgesehen (Sicherheitsgipfel).

Schule und Jugend

Für die freie Jugendarbeit werden mehr Zuschüsse zur Verfügung gestellt, für freie Träger im Bildungsbereich mehr Zuwendungen.

platzreinigung durch die BSR wird durch die Bereitstellung von zwölf Mio. Euro ausgeweitet. Die Arbeit der Müllsheriffs wird mit ca. fünf Mio. Euro unterstützt.

Sport

Die Bäderbetriebe erhalten mit drei Mio. Euro mehr Geld für ausreichende Beheizung. Für die Olympiabad-Überdachung sind 2,5 Mio. Euro eingeplant. Die Regattastrecke Grünau erhält eine neue Sportbaracke, hierzu werden ca. vier Mio. Euro bereitgestellt.

Kultur

Die Arbeit der Jugendkunstschulen und Verkehrsschulen wird weiter gestärkt. Für Festanstaltungen bei Musikschulen werden acht Mio. Euro bereitgestellt. Theater-, Tanz- und Kunstinitiativen erhalten mehr Geld. Die Urania wird mit ca. eine Mio. Euro pro Jahr wieder auskömmlich finanziert. Außerdem wird die Arbeit der Kindermuseen weiter unterstützt.

Verwaltungsmodernisierung und Digitalisierung

Für die nächste Stufe der Verwaltungsreform werden 13 Mio. Euro bereitgestellt. Zusätzlich werden sechs Mio. Euro in Low-Code-Entwicklungen investiert, damit digitale Lösungen schneller entstehen.

Vielfalt und Antidiskriminierung, Integration

Queer-Projekte werden weiter unterstützt. Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus

und Antisemitismus sowie Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt werden mit 2,4 Mio. Euro mehr unterstützt. 870 Mio. Euro werden in der Fluchtpauschale im Haushalt aufgenommen, davon stehen zwölf Mio. Euro Verstärkungsmittel für bezirkliche und andere Projekte zur Verfügung.

Wirtschaft

Die Solarförderung wird mit zehn Mio. Euro verstärkt. Für die Gamesförderung sind drei Mio. Euro vorgesehen. Bereits über das Sondervermögen sind 370 Mio. Euro für die Entwicklung des ehemaligen Flughafens Tegel (Urban Tech Republic) vorgesehen.

Haushalt

Der Senat wurde gebeten, in Auswertung und Umsetzung des Urteils des BVerfG zur A-Besoldung für die gebotene Novellierung in einem transparenten Verfahren gemeinsam mit dem Parlament einen Vorschlag zu entwickeln. Dafür eignet sich eine regelmäßige Berichterstattung und Diskussion im Unterausschuss Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft. Die Koalitionsfraktionen gehen davon aus, dass es einer grundsätzlichen Novellierung der A-Besoldung und auch der B-Besoldung bedarf und diese den zugrunde gelegten Mittelansatz erheblich übersteigt. Entsprechende Vorgespräche mit der Opposition fanden bereits statt. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, zum Abschluss des 1. Quartals ein Konzept für Einnahmeerhöhungen aus Bodenspekulation vorzulegen, einnahmerelevant zum 01.01.2027 (Auflagenabschluss).



Florian Dörstelmann liest den neuen Haushalt. Foto: privat

Die Arbeit der Ferienschulen wird mit ca. 1,4 Mio. Euro pro Jahr bedarfsgerecht weiterentwickelt. Für die Tarifübernahme im Schulbereich sind Mittel in Höhe von ca. zehn Mio. Euro vorgesehen. Die Landeszentrale für politische Bildung wird gestärkt.

Sauberkeit

Für die Parkläufer werden 16 Mio. Euro bereitgestellt und ihre Arbeit damit gesichert. Die Spiel-

Stadtbild, Töchter, Fragezeichen – Was folgt?

Ein Gastbeitrag des Innen- und Sicherheitsexperten Tom Schreiber zur Stadtbild-Debatte

Die Parteien sind verfassungsrechtlich im Grundgesetz verankert. Der Artikel 21 Abs.1, stellt klar, dass die Parteien an der politischen Willensbildung des Volkes mitwirken. Die Richtlinien der Politik und die Verantwortung (Art. 65 GG) dafür trägt auf Bundesebene der Bundeskanzler oder die Bundeskanzlerin. Warum ist dieses Grundverständnis bei all der aktuellen bundespolitischen Debatten wichtig? Weil Worte eines Bundeskanzlers Wirkung erzielen und es eben nicht banal ist, wer diese sagt. Oder anders formuliert: Die große Verantwortung eines Bundeskanzlers sollte sich auch in einer verantwortungsvollen Wortwahl widerspiegeln!

Sie erinnern sich: Bundeskanzler Friedrich Merz äußerte sich im Oktober zum Stadtbild in Deutschland. Er vermischte dabei auf leichtfertige Weise Fragen der inneren Sicherheit mit dem hochsensiblen Thema Migration. Zudem verwendete er dabei uneindeutige Formulierungen, die viel Interpretationsspielraum offenließen. Auch als Vorwürfe laut wurden und die öffentliche Debatte

entbrannte, blieb er unklar. Und das in dem Wissen, dass er damit den im Raum stehenden Generalverdacht gegen Migrant:innen unwidersprochen ließ und viele Menschen verletzte.

Ein Handeln, das in der Bevölkerung viele Fragezeichen hinterließ, denn wir wissen doch: Die Fokussierung auf das Themenfeld Migration und die Verbindung mit Ängsten und Unsicherheiten in der Bevölkerung erzeugt weitere Emotionen. Wir kennen das insbesondere aus dem Rechtsextremismus, aber auch aus dem Rechtsextremismus, wo diese Wechselwirkung ganz bewusst genutzt wird. Ein Bundeskanzler trägt eine Gesamtverantwortung für die Bundesregierung und er hat einen Amtseid vor dem Deutschen Bundestag abgelegt. Debatten anzustoßen ist das eine, aber

man muss diese vom Ende her denken.

Wir müssen aber auch miteinander lernen, dass wir Debatten ohne Schaum vor dem Mund führen und das betrifft uns alle. Wir leben seit ein paar Jahren in überlappenden Krisen - ein Stressfaktor für unsere Demokratie und unseren Rechtsstaat. Eine Versachlichung und eine Kanalisierung auf den wesentlichen Kern tun Not. Die Politik trägt in Gänze eine

wesentliche Verantwortung dafür, wie sich ein Kiez, ein Dorf oder eine Hochhaussiedlung als Stadtbild verändert. Es gibt schon lange akute gesellschaftliche Probleme: Die Finanzierung der Kommunen bzw. Bezirke, Wohnungsmangel und zu hohe Mieten, soziale Segregation, Kriminalität, mangelnde

Integration, fehlende Infrastruktur etc.. Das bedeutet, dass diese Debatte natürlich geführt werden muss, aber die Problemlagen sind breiter und komplexer.

Der Deutsche Städtetag warnt seit Jahren, dass die Kommunen vor einem finanziellen Kollaps stehen. Wir haben beispielsweise in Berlin sieben sog. kriminalitätsbelastete Orte. Dennoch muss jeder wissen, dass die Polizei Berlin immer am Ende einer langen Kette von Problemen oder Verwerfungen vor Ort steht. Der Rechtsstaat muss zum einen funktionieren und zum anderen seinen eigenen Rechten und Pflichten nachkommen. Die Politik muss dafür den personellen und finanziellen Rahmen setzen. Wir brauchen auch keine Verschärfung von Gesetzen. Wir haben auch kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem.

Die Erwartung an eine gewählte Regierung muss sein, diese komplexen Problemlagen anzupacken und im positiven Sinne zu lösen. Das Gleiche gilt auch bei der Frage der Integration. Wenn Menschen

nach Deutschland kommen, um Asyl zu beantragen, dann kann es nicht sein, dass sie jahrelange bürokratische Verfahren unterzogen werden und in Teilen gezwungen sind, nicht zu arbeiten. Andernfalls gilt aber auch, wer gewaltbereit oder kriminell im laufenden Asylverfahren wurde, hat kein Anrecht darauf, in Deutschland aufgenommen zu werden. Das sagt nicht nur der gesunde Menschenverstand, sondern auch das Rechtsstaatsverständnis.

Die Sprache ist zudem nicht nur bei der Integration ein wesentlicher Schlüssel zum Erfolg, sondern die Sprache muss es auch in der Politik sein. Wer in Ämtern oder Funktionen gewählt wurde, sollte auch immer wissen, dass er oder sie ein Vorbild für ganz viele Menschen sein kann und soll. Egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund.

Als Fazit gilt: Asylsuchende und Flüchtlinge müssen die deutsche Sprache erlernen und schnellstens auch während dem laufenden Verfahren dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.



Der Innen- und Sicherheitsexperte Tom Schreiber
Foto: Tom Schreiber

Hallo Schmargendorf und Wilmersdorf!

Mein Name ist **Steffen Krach** und ich stelle mich Ihnen zur Wahl für das Amt des Regierenden Bürgermeisters.

Vielleicht denken Sie: Jemand von der SPD? Schon wieder die SPD? Ich finde, diese Fragen sind nach Jahrzehnten, in denen die SPD regiert hat, legitim. Und ich möchte Ihnen meine Antwort



darauf geben, mit der ich Sie am 20. September 2026 um Ihr Vertrauen bitte.

„Wer regiert, trägt Verantwortung“

Wer regiert, trägt Verantwortung – für das, was gut läuft und ebenso für das, was nicht gut läuft. Dieser Verantwortung stellen wir uns als SPD. Wir haben für Berlin viel Gutes erreicht, aber auch Fehler gemacht, zum Beispiel in der Wohnungspolitik. Daraus haben wir Konsequenzen gezogen und arbeiten daran, dass es besser wird. Und wir haben ein klares Bild, wie Berlin zukünftig aussehen soll.

„Berlin ist mein Zuhause geworden“

2002 bin ich nach Berlin gekommen. Ich habe als Student die Clubs und Kneipen kennengelernt,

als Vater die Krabbelgruppen und Kitas und schließlich die Schulen. Ich kenne die Krankenhäuser und die Terminsuche für Arztpraxen. Ich war in Vereinen und den Kultureinrichtungen. Berlin ist mein Zuhause geworden. Ich kenne den Berliner Alltag, ich kenne die wunderbaren Seiten dieser Stadt und die, die weh tun.

Aber was ich vor allem gesehen habe: Es gibt keine Stadt, die so sehr von den Menschen geprägt wurde wie Berlin. Angefangen beim Mauerfall bis heute. Und genau das macht Berlin zu der Stadt, die sie ist. So habe ich Berlin kennengelernt und so möchte ich es schützen.

Mein Ziel ist, dass wir in einer Stadt leben, in der die eigene Be-



völkerung nicht wie in anderen Metropolen verdrängt wird, weil sie sich das Leben dort nicht mehr leisten kann. Dass es die Stadt der Berlinerinnen und Berliner mit allen Backgrounds bleibt und hier alle miteinander ein gutes Leben führen können.

Und deswegen werde ich alles dafür tun, dass Wohnen wieder bezahlbar wird. Dass die Stadt sauberer und sicherer wird, mit einem verlässlichen ÖPNV und einer hervorragenden Gesundheitsversorgung. Denn ich möchte, dass Berlin zum Vorbild für eine familienfreundliche Metropole wird.

Wo Kinder gut aufwachsen und Großeltern in Würde alt werden können. Berlin kann gemeinsam mit den Menschen, die hier leben, so viel erreichen und ich möchte dafür sorgen, dass das gelingt - als Regierender Bürgermeister und gemeinsam mit den Abgeordneten wie Florian Dörstelmann.

„Ich verspreche nur, was ich auch halten kann.“

All das sage ich nicht als Oppositionspolitiker, der nie regiert hat, sondern als jemand, der weiß, wie schwer die Regierungspraxis ist. Ich war sieben Jahre Staatssekretär in Berlin und trage seit über vier Jahren Verantwortung für 1,2 Millionen Menschen in Hannover.

Eins ist mir dabei immer wichtig: Ich verspreche nur, was ich auch halten kann. Deshalb sage ich sehr bewusst: Es geht besser, dafür trete ich an und bitte um Ihr Vertrauen.

Hoffentlich ergibt sich bei einem meiner Termine in Wilmersdorf oder Schmargendorf auch die Gelegenheit, dass wir uns einmal persönlich austauschen. Ich würde mich freuen!

Herzliche Grüße
Ihr Steffen Krach



Steffen Krach ist begeisterter Läufer – mit seinen roten Schuhen führt ihn seine Joggingstrecke gerne auch durch Wilmersdorf. Foto: SPD Berlin

STEFFEN KRACHS WERDEGANG

seit 11/2021: Regionspräsident der Region Hannover

2016 – 2021: Staatssekretär für Wissenschaft und Forschung

2014 – 2016: Staatssekretär für Wissenschaft

2011 – 2012: Leiter der Bund-Länder-Koordinierungsstelle SPD Bundestagsfraktion

2010-2011: Leiter des Büros von Senator Prof. Dr. Jürgen Zöllner

2008 -2010: Planungs- und Parlamentsangelegenheiten im Bildungssenat

2007: Persönlicher Referent des Senators Prof. Dr. Jürgen Zöllner

2006: Referent für Wissenschaft, Weiterbildung, Forschung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz beim Bund und der Europäischen Union

2005: Diplom-Politologe

2002 – 2005: Studium der Politikwissenschaft am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin

2000 – 2002: Studium der Sozialwissenschaften

1999 – 2000: Zivildienst in Hameln

1999: Abitur in Hannover



Macht Berlin zu einer familienfreundlichen Metropole: Der nächste Regierende Bürgermeister Steffen Krach. Foto: Phillip Schröder

NEUJAHRSEMPFANG
MIT FLORIAN
DÖRSTELMANN (MdB)

Samstag, 17.01.2026
12 - 17 Uhr

Kiezbüro "Alte Apotheke"
Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Um vorherige Anmeldung per Mail oder
Telefon wird gebeten!

IMPRESSUM

#FÜRSIEDA
IHRE INFORMATIVE ZEITUNG FÜR
WILMERSDORF-SÜD UND SCHMARGENDORF

Herausgeber:
Florian Dörstelmann (V.i.S.d.P.)

Rüdesheimer Platz 7, 14197 Berlin

Redaktion #FÜRSIEDA:
Finn Jungenkrüger, René Diesterhöft, Tom
Schreiber, Jürgen Jänen, Christian Hochgrebe,
Heike Schmitt-Schmelz, Rolf Wiegand, Maurice
Thadigsmann, Lennart Weyandt, Katharina Oerder

Redaktionelle Leitung:
Florian Dörstelmann

Layout:
Finn Jungenkrüger, René Diesterhöft, Jürgen Jänen

Grafische Gestaltung:
Hannes Kreschel

Eine Chance für den Bezirk: Baumentscheid

Heike Schmitt-Schmelz

Berlin bekommt 1 Mio. neue Bäume

Mein Name ist Heike Schmitt-Schmelz und seit vielen Jahren engagiere ich mich mit großer Leidenschaft in der Kommunalpolitik. Charlottenburg-Wilmersdorf ist mein berufliches und war die meiste Zeit meines Lebens auch mein privates Zuhause: Ein Bezirk voller Geschichte, Vielfalt und Chancen. Als Bezirksstadträtin und langjährige Kommunalpolitikerin habe ich erfahren, wie unmittelbar Entscheidungen auf Bezirksebene das tägliche Leben der Menschen prägen – und wie wichtig es ist, Verantwortung mit Augenmaß, Pragmatismus und sozialem Bewusstsein zu übernehmen.



Die kommende Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf: Heike Schmitt-Schmelz Foto: Heike Schmitt-Schmelz

In den vergangenen Jahren habe ich gemeinsam mit vielen engagierten Kolleginnen und Kollegen im Bezirksamt daran gearbeitet, zentrale Bereiche unseres Bezirks voranzubringen. Dazu gehören Verbesserungen in der Bildungs- und Jugendinfrastruktur, Fortschritte beim Ausbau sozialer Angebote sowie der Start wichtiger Projekte zur Modernisierung und Digitalisierung der Verwaltung.

Auch die Stärkung kultureller Einrichtungen und der Ausbau von Bewegungs- und Sportanlagen gehörten zu den Schwerpunkten meiner Arbeit, die in den letzten Jahren umgesetzt werden konnten.

transparente und gut erreichbare Verwaltung, die Anliegen effizient bearbeitet und Fortschritt ermöglicht. Zweitens ist es mir ein Anliegen, soziale Teilhabe weiter zu stärken – von guter Bildung über bezahlbares Wohnen bis hin zu sicherer, barrierearmer Mobilität. Drittens möchte ich die ökologische Verantwortung unseres Bezirks weiter voranbringen: mit nachhaltiger Stadtentwicklung, mehr Grün, klugen Verkehrswegen und consequentem Klimaschutz.

All das gelingt nur, wenn wir offen miteinander sprechen, zuhören und gemeinsam Lösungen entwickeln. Das ist der Stil, für den ich stehe – verlässlich, dialogorientiert und immer mit Blick auf das gesamte Gemeinwesen. Ich möchte diesen Weg fortsetzen – mit klarer Haltung, pragmatischer Entscheidungsfreude und dem Ziel, unseren Bezirk in eine stabile und lebenswerte Zukunft zu führen.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe Weihnachten sowie eine friedliche, besinnliche und zuversichtliche Zeit.

Berlin verfügt aktuell über rund 430.000 Straßenbäume. Mit dem am 3. November während einer Sondersitzung des Berliner Abgeordnetenhauses beschlossenen Baumgesetz soll diese Zahl innerhalb von 15 Jahren auf 720.000 anwachsen. Erklärtes Ziel ist es, dass in Berlin alle 15 Meter ein Straßenbaum steht. In einem ersten Schritt sollen bis 2027 überall dort, wo bereits Straßenbäume gestanden haben, wieder Bäume gepflanzt werden. Damit die Bäume gesund bleiben, werden verbesserte Pflegestandards definiert, um die Zahl der Bäume zu sichern, ihre Lebensdauer zu verlängern und Fällungen zu vermeiden.

Der Hitzeschutz ist auch eine soziale Frage. Berlin leidet bereits heute unter immer längeren Hitzeperioden. Davon sind insbesondere ältere oder chronisch kranke Menschen, Kinder, obdachlose Menschen und Bewohner in dicht bebauten Stadtteilen mit wenig Straßengrün betroffen. Diese Hitzeviertel werden durch mehr Grünflächen und Kühleinseln Abhilfe erhalten.

Die Bäume brauchen Regenwasser, damit sie insbesondere in Hitzevierteln ihre Schutzfunktion übernehmen können. Daher wird Berlin zur Schwammstadt, um Regenwasser zu nutzen, welches bisher

direkt in die Kanalisation abläuft. Durch verschiedene Maßnahmen soll es nun vor Ort versickern und gespeichert werden – ein wichtiger Beitrag zur optimalen Bewässerung und Abkühlung! Ein „Steuerungskreis“ mit Akteuren der Verwaltung, der Infrastrukturunternehmen sowie Experten der Wissenschaft und Zivilgesellschaft wird an der Umsetzung der Ziele des Gesetzes mitarbeiten. Dies wird im Senat von einem ressortübergreifenden Aufbaustab unterstützt. Darüber hinaus unterstützt ein unabhängiger wissenschaftlicher Beirat die Arbeit des Senats bei seiner Klimaanpassungsstrategie mit regelmäßigen Gutachten.

Das Baumgesetz entspringt einer breiten Initiative aus der Zivilgesellschaft, die 2024 ein Volksbegehren auf den Weg gebracht hat. Die Koalitionsfraktionen haben den daraus resultierenden Gesetzesentwurf im September 2025 zusammen mit der Initiative beraten und mit wenigen Änderungen beschlossen.



Foto: Ilya Kolomys

Heidelberger Platz

Kompromisse dürfen nicht zum Ausverkauf werden

Der Platz ist benannt nach der baden-württembergischen Stadt Heidelberg und wurde im Jahr 1892 als Schmuckplatz angelegt. Er bildet den nördlichen Abschluss des Rheingauviertels, in welchem zahlreiche Straßen nach Städten der gleichnamigen Region benannt sind. Am nördlichen Ende des Platzes, der mit einer großen Grünfläche und einigen Sitzgelegenheiten zum Verweilen einlädt, liegt der nahegelegene S- und U-Bahnhof. Hier kreuzen sich die Ringbahn mit ihren Linien S41, S42 und S46 sowie die U-Bahnlinie 3.

Der erste S-Bahnhof an dieser Stelle – damals noch unter der Bezeichnung Schmargendorf – wurde bereits am 15. Dezember 1883 eröffnet. In der Zeit von 1890 – 1892 erfolgte der Ausbau der Station mit Bau des heute noch erhaltenen Empfangsgebäudes. Nachdem der Verkehr der Ringbahn im Zuge des S-Bahnstreiks 1980 eingestellt wurde, dauerte es bis Ende 1993, bis wieder eine

S-Bahn vom Heidelberger Platz fuhr. Die Station war bis dahin südöstlich unter die Mecklenburgische Straße verschoben worden, um den Übergang zum Bahnhof der U3 zu ermöglichen.

Dieser U-Bahnhof öffnete 1913 seine Pforten für den Zugverkehr. Die Stadt Wilmersdorf war als Bauherrin bestrebt, ihren Wohlstand zu betonen, weshalb sich jeder Wilmersdorfer Bahnhof voneinander unterscheidet. Am Heidelberger Platz liegt die Trasse aufgrund der Unterquerung der Ringbahn fast doppelt so tief wie auf dem Rest der U-Bahnstrecke.

Dies ermöglichte es dem Architekten Leitgeb, den U-Bahnhof im Stile einer Kathedrale zu entwerfen. Daher ist die Decke als Kreuzgratgewölbe angelegt, sodass die Leuchtkandelabern ihre Wirkung voll entfalten können. Die Deutsche Post widmete dem U-Bahnhof Heidelberger Platz zum 1. März 2022 eine eigene Briefmarke.

Gewerkschaften machen mobil

In den letzten Wochen verschärfen sich die Debatten um die zukünftige Arbeits-, Sozial- und Rentenpolitik erheblich. Damit wird, völlig unabhängig von Fakten, sondern mehr und mehr meinungsstark die Position vertreten, dass wir uns den „ausufernden“ Sozialstaat nicht mehr leisten können. Mittlerweile wird der Sozialstaat in der ganzen Breite angegriffen.

Es geht nicht nur um Bürgergeld, sondern auch um Pflegestufen, um die Finanzierung des Gesundheitssystems, wie Praxisgebühr, und vieles mehr. Der Sozialstaat wird „sturmreif geschossen“. Alles nach dem Motto, „rette sich wer kann“ und „irgendwas wird schon hängen bleiben“.

In der Konsequenz steigt die Verunsicherung der Menschen und werden so in die Arme von Extremisten getrieben, übrigens rechts und links, wenn man in den Kategorien bleiben will.



© Rolf Wiegand

Deshalb gehört ein genaues Hinschauen dazu. Fakt ist, dass die Lohnnebenkosten in den letzten 30 Jahren nicht wirklich gestiegen

sind. Das heißt, in Bezug auf die Rente, dass wir alles richtig gemacht haben und unsere Eltern und Großeltern an den wirtschaftlichen Entwicklungen teilhaben lassen. Die gesetzliche Rente alleine reicht nicht aus, um den eigenen Lebensstandard zu sichern.

Die Arbeitszeitdebatte ist dabei exemplarisch. Die Beschäftigten sind hoch flexibel. Viele werden ausgenutzt und Millionen Überstunden nicht bezahlt. In fast allen Tarifverträgen finden sich Flexibilisierungen von Arbeitszeiten. Ja, mit Tarifverträgen geht viel. Tarifverträge sorgen für Fairness. Nur dann gibt es eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Deshalb gibt es die Kampagne der Gewerkschaften im DGB. Scannen Sie für mehr Informationen den QR-Code in der Überschrift.



Krebszellen mögen keine Himbeeren

Nahrungsmittel gegen Krebs

Krebserkrankungen häufen sich. War die Diagnose Krebs bis vor 10 Jahren noch ein sicheres Todesurteil, gibt es inzwischen viele Heilungsmethoden. Trotzdem sind die Therapien nicht alle von Erfolg gekrönt. Wer an Krebs erkrankt, muss selbst bis zur vollständigen Heilung einen harten Weg gehen.

Die Betroffenen können zum Er-

folg der Therapie Selbst erheblich beitragen. Neben viel Bewegung und erheblicher Disziplin sind gerade Essen und Trinken wichtig. So haben es die beiden kanadischen Professoren Richard Béliveau und Denis Gingras ein Buch geschrieben. Inhaltlich zielt das Buch darauf ab, welche Ernährung wie auf den Krebs wirken kann.



© Goldmann-Verlag

So werden Citrusfrüchte so geschildert, dass der Krebs diese sehr meidet. Oder der Genuss von grünem Tee wird geraten, da die Wirkstoffe besonders zur Bekämpfung der Krebszellen beitragen. In einer kurzweiligen Art und Weise wird dargelegt, wie das Immunsystem gezielt gestärkt und vorgebeugt werden kann. Sie gehen detailliert und kenntnisreich

auf die einzelnen Heilkräfte unterschiedlicher Lebensmittel wie Brokkoli, Heidelbeeren oder Zitronen ein. Durch Infokästen, Abbildungen und Grafiken stellen die Autoren einfach und verständlich das komplizierte Wirken der Lebensmittel im Kampf gegen Krebs dar. Das Buch ist für 18€ in jeder Buchhandlung erhältlich.

ISBN: 978-3-442-17126-2

Innere Sicherheit aus sozialdemokratischer Perspektive

Florian Dörstelmann, Abgeordneter für Wilmersdorf-Süd und Schmargendorf, hatte am 25. November in der „Alten Apotheke“ den Staatssekretär für Inneres, Christian Hochgrebe, zu Gast. Mit reger Beteiligung des Publikums haben die beiden intensiv über die innere Sicherheit aus sozialdemokratischer Perspektive diskutiert.

Den Schwerpunkt bildete dabei die bevorstehende Novellierung des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetz (ASOG). In dieser soll der Polizei mehr Mittel

KI hat aber nicht zur Folge, dass diese polizeiliche Handlungen übernimmt. Gleichzeitig wird die Möglichkeit anlassloser Kontrollen auf kriminalitätsbelastete Orte und ausgewiesene Messerverbotzonen begrenzt.

Die Videoüberwachung in der BVG soll künftig 72 statt 48 Stunden gespeichert werden. Damit haben Opfer von Übergriffen in Bus und Bahn künftig einen Tag mehr Zeit, diesen bei der Polizei zur Anzeige zu bringen. Zudem sollen mit dem ASOG Opfer häus-



Innenausschuss-Vorsitzender Florian Dörstelmann im Gespräch mit Staatssekretär Christian Hochgrebe Foto: Jürgen Jänen

eingeräumt werden, um die Kriminalität zu bekämpfen. So ist vorgesehen, die Videoüberwachung an „Kriminalitätsschwerpunkten“ wie dem Alexanderplatz oder dem Görlitzer Park auszuweiten. Dabei ist dann auch der Einsatz von Künstlicher Intelligenz möglich, um verfahrensübergreifende Recherche- und Analysensysteme einsetzen zu können. Der Einsatz von

licher Gewalt entschiedener unterstützt werden. Beispielsweise dürfen künftig die Kontaktdaten von Opfern und Tatverdächtigen an Beratungsstellen übermittelt werden und Wegweisungen nach 14 Tagen um weitere 14 Tage verlängert werden. Des Weiteren ist künftig auch der Einsatz einer elektronischen Fußfessel nach spanischem Modell möglich.

Erhöhung des Landesmindestlohns für 2026

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 7. November 2025 beschlossen, dass der Berliner Landesmindestlohn erhöht und künftig an die Entwicklung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns gekoppelt wird.

Zum 1. Januar 2026 steigt der Berliner Landesmindestlohn – von derzeit 13,69€ - auf 14,84€ und

tens dem Betrag entsprechen, der dies wirksam verhindert. Beschäftigte müssen von ihrem Arbeitsverdienst und von ihrer Altersrente auskömmlich leben können.

Der Senat wird künftig ermächtigt, Anpassungen des Landesmindestlohns per Rechtsverordnung festzulegen. Dabei gilt, dass



Foto: Redaktion

zum 1. Januar 2027 auf 15,59€. Die Koalition aus CDU und SPD möchte sicherstellen, dass Menschen nach 45-jähriger Vollzeitbeschäftigung im Alter neben der Rente nicht auf ergänzende Sozialleistungen angewiesen sind. Der Landesmindestlohn wird mindes-

der Landesmindestlohn den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn um höchstens 1,50€ überschreiten darf. Mit dieser Gesetzesnovelle wird zugleich geregelt, dass Zulagen und Zuschläge erhalten bleiben und nicht angerechnet werden, das Entgelt also erhöhen.

Der Dreiklang

Sozialdemokratische Innenpolitik für Berlin, in dem alle sicherer leben können - Von Christian Hochgrebe, Staatssekretär für Inneres

Berlin ist eine Stadt nicht nur der Vielfalt, sondern auch der Gegensätze auf engem Raum. Das führt im Alltag unausweichlich auch zu Konflikten. Unsere Innenpolitik muss deshalb immer auch den sozialen Zusammenhalt fördern und gleichzeitig Sicherheit für alle hier lebenden Menschen gewährleisten, egal ob Mann, Frau, Alt oder Jung. Das bedeutet für mich als Staatssekretär für Inneres, dass wir nicht nur auf die Erhaltung der Ordnung achten, sondern auch auf Gerechtigkeit und den Schutz der Grundrechte jedes und jeder Einzelnen. Wir müssen nach meiner Auffassung alle gleich behandeln, dürfen aber keine Menschen bevorzugen.

Der Dreiklang aus Prävention, Intervention und Repression

Ein zentrales Element unserer Innenpolitik ist deswegen der Dreiklang aus Prävention, Intervention und Repression. Prävention bedeutet, Kriminalität und Gewalt bereits im Vorfeld zu verhindern. Wir setzen auf frühzeitige Präventionsprogramme in Schulen und sozialen Einrichtungen, um junge Menschen zu unterstützen und Perspektiven zu bieten.

Doch auch Intervention ist notwendig. Wenn Straftaten begangen werden, müssen wir schnell und effektiv reagieren. Dies erfordert eine gut ausgestattete Polizei, die bei Bedarf eingreift, ohne dabei die Verhältnismäßigkeit aus dem Blick zu verlieren. Gleichzeitig ist es mir wichtig, dass Betroffene von Kriminalität die notwendige Unterstützung etwa durch Opferhilfeeinrichtungen erhalten.

Diskriminierungsfreie Sicherheitspolitik

Ein weiteres fundamentales Prinzip unserer sozialdemokratischen Innenpolitik ist eine diskriminierungsfreie Sicherheitspolitik. Sicherheit darf nicht auf

Kosten der Gleichbehandlung gehen – Sicherheit kann niemals die Sicherheit nur Einzelner sein. Wir setzen uns für eine Polizei ein, die Vielfalt respektiert und das Vertrauen aller Bevölkerungsgruppen stärkt. Dazu gehört eine kontinuierliche Fortbildung der Polizei in interkultureller Kompetenz sowie deeskalierender Kommunikation. Dabei ist darauf zu achten, dass sowohl Täter als auch Opfer mit Respekt behandelt werden.

Sicherheit ganzheitlich und ressortübergreifend denken

Sicherheit betrifft nicht nur die Polizei, sondern alle gesellschaftlichen Bereiche. Deshalb setzen wir auf eine ganzheitliche Strategie, die Bildung, Stadtentwicklung und soziale Integration einbezieht. Präventive Maßnahmen in Schulen und Jugendzentren sowie die Förderung sicherer, sozialer Wohnräume sind dabei zentrale Bausteine. Ebenso wichtig ist die Zusammenarbeit im digitalen Raum: Der Kampf gegen Cyberkriminalität erfordert Kooperation zwischen Polizei, Justiz und Wirtschaft, etwa durch den Ausbau von Sicherheitsinfrastrukturen und digitale Schulungsangebote. So stellen wir sicher, dass Sicherheit in Berlin durch präventive, inter-

disziplinäre Ansätze und nicht nur durch Repression erreicht wird.

Schutz vor häuslicher Gewalt

Sicherheit für alle bedeutet auch, dass sich kein Mensch in den eigenen vier Wänden unsicher fühlen muss. Ein zentrales Anliegen unserer Politik ist der Schutz vor häuslicher Gewalt. Wir haben hierfür entsprechende Grundlagen in die Reform des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) aufgenommen. Gleichzeitig setzen wir auf eine konsequente Strafverfolgung und eine verbesserte Schulung von Polizei und Justiz, um den Opfern schnell und wirksam zu helfen.

Fazit: Eine gerechte und sichere Stadt für alle

Unsere sozialdemokratische Innenpolitik in Berlin zielt auf eine Stadt ab, in der alle Menschen sicher leben können – unabhängig von ihrem sozialen oder kulturellen Hintergrund. Wir werden weiterhin alles daransetzen, dass Berlin ein solidarischer und sicherer Ort ist.

Ihr
Christian Hochgrebe
(Staatssekretär für Inneres)



Staatssekretär Christian Hochgrebe Foto: Redaktion

Friedrich Ebert Stiftung: Die angespannte Mitte - Mitte-Rechts Studie 2025

Die repräsentativen „Mitte-Studien“ der FES geben alle zwei Jahre Auskunft über die Verbreitung und Entwicklung sowie Hintergründe rechtsextremer, menschenfeindlicher und antidemokratischer Einstellungen in Deutschland.

Die diesjährige Ausgabe unter dem Titel „Die angespannte Mitte“ blickt auf die Normalisierung des Rechtsextremismus und aktuelle Entwicklungen in Zeiten globaler Verunsicherungen.

Die Mehrheit der Menschen in Deutschland

ist demokratisch eingestellt und äußert Sorgen wegen des zunehmenden Rechtsextremismus. Gleichzeitig ist jedoch in der Mitte der Gesellschaft eine Normalisierung bezüglich bestimmter antidemokratischer und menschenfeindlicher Aussagen zu beobachten. Schwerpunkte befassen sich mit dem Einfluss von Bildung, Schule und Erziehung auf die Entstehung oder Bekämpfung von Rechtsextremismus sowie mit Herausforderungen einer sozialverträglichen Transformation auf dem

Land, in der Stadt und vor allem beim Klimaschutz.

Politische Gewalt, antifeministische Einstellungen oder libertäre autoritäre Haltungen sind weitere Kernthemen der diesjährigen Ausgabe.

Für diese Befragung wurden ca. 2000 Menschen telefonisch interviewt. 60% Mobilfunknummern, 40% Festnetz. 51% der Befragten waren Frauen, 17% Ostdeutsche. 70% verfügen über die deutsche Staatsangehörigkeit und das Durchschnittsalter der Befragten lag bei 52,3 Jahren.

Die Studie steht online auf der Internetseite der FES zum Download bereit. Wer weniger lesen will, kann sich auch Kurzversionen dort anschauen. Für Florian Dörstelmann ist die Studie eine gute Hintergrundinformation, um stabil gegen Faschismus und Rechtsextremismus einzutreten.



Rüdi glüht mit Krach und Dörstelmann

Weihnachtliches Beisammensein im Kiezbüro von Florian Dörstelmann am 29. November - mehr als 200 Leute waren da

Am ersten Adventswochenende wurde der Rüdesheimer Platz besonders illuminiert und der Weihnachtsbaum aufgestellt. Ziel dieses Aktionstages war es, den Kiez am Rüdesheimer Platz weiter zu beleben. Die Wirtschaftsförderung Charlottenburg-Wilmersdorf und die Europäische Union unterstützen den Verein. Hier haben sich 29 ansässige Unternehmerinnen und Unternehmer zusammengeslossen, um mehr Leben und Aktivitäten im Kiez zu organisieren - ein Vorhaben, das ihnen mit der Aktion „Rüdi glüht“ in herausragender Weise gelungen ist!

An diesem Wochenende wurden Glühwein, Brezeln, Prosecco und Kunst geboten, viele Hundert Lampions aufgestellt und der Weihnachtsbaum auf dem Rüdesheimer Platz illuminiert. Zudem kam man zum Singen von Weihnachtsliedern zusammen.

Auch der SPD-Abgeordnete Florian Dörstelmann nahm mit seinem Büro teil. Er bot bei Getränken, Wiener Würstchen und belegten Brötchen Gespräche zur aktuellen Politik an. Dörstelmann hatte zur Unterstützung den SPD-Spitzenkandidaten für die nächste Abgeordnetenhauswahl, Steffen Krach und die SPD-Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz, mitgebracht. Das Angebot wurde eifrig angenommen. Viele Bürgerinnen und Bürger aus der direkten Nachbarschaft nutzten die Gelegenheit,

mit den Berliner SpitzenpolitikerInnen ins Gespräch zu kommen.

Für den SPD-Spitzenkandidaten für die Abgeordnetenhauswahl 2026, Steffen Krach, war dies eine gute Möglichkeit, die Menschen im Süden des Bezirks Charlottenburg Wilmersdorf persönlich kennen zu lernen. Er konnte deutlich machen, wieso er Regierender Bürgermeister von Berlin werden möchte. „Ich will mit den Berlinerinnen und Berlinern den Fortschritt gestalten, ich möchte bezahlbare Mieten in Berlin, ich möchte, dass die Menschen sich in ihren Kiezen wie hier am Rüdesheimer Platz sicher fühlen und dass das Leben bezahlbar bleibt“, so Steffen Krach.

In vielen Gesprächen konnte der Abgeordnete vor Ort, Florian Dörstelmann, den Menschen seine Arbeit als Vorsitzender des Innenausschusses und als Mitglied des Wirtschaftsausschusses verdeutlichen. „Mit der Arbeit in diesen beiden Ausschüssen unterstütze ich mit voller Kraft die Kernanliegen wie Sicherheit und wirtschaftliche Stabilität von Steffen Krach. Ich glaube, er kann als Regierender Bürgermeister von Berlin sehr viel für den Zusammenhalt in der Gesellschaft, die Sicherheit und die wirtschaftliche Entwicklung erreichen. Dies würde ich gerne als der direktgewählte Abgeordneter aus dem Süden von Charlottenburg-Wilmersdorf im Berliner



Florian Dörstelmann und Steffen Krach am Rüdesheimer Platz Foto: Jürgen Jänen

Abgeordnetenhaus unterstützen“, so Florian Dörstelmann.

Die dritte im Bunde, die amtierende Stadträtin Heike Schmitt-Schmelz brachte zum Ausdruck, weshalb sie als Bezirksbürgermeisterin kandidiert. Es mache eben einen Unterschied, ob man einen Bezirk im Ganzen gestalten könne. Schmitt-Schmelz möchte den Kurs von Steffen Krach als Regierender Bürger-

meister gerne als Bezirksbürgermeisterin unterstützen. „Es wird Zeit, dass Politik mit den Menschen und nicht mit Ideologie gemacht wird“, so Heike Schmitt-Schmelz. „Ich wünsche jetzt eine geruhssame Vorweihnachtszeit im Rahmen Ihrer Familien und dann stehe ich gerne für persönliche Gespräche zur Verfügung“, so die amtierende Stadträtin, und weiter: „Ich bin sehr beeindruckt

von dem friedlichen positiven Miteinander. Davon bitte mehr in allen Kiezen unseres Bezirkes Charlottenburg-Wilmersdorf.“



Für Sie Da!

Bürgerbüro Florian Dörstelmann

Rüdesheimer Platz 7
14197 Berlin

Büro-Öffnungszeiten

Montag: 10 - 17 Uhr
Dienstag: 10 - 17 Uhr
Mittwoch: 10 - 17 Uhr
Donnerstag: 10 - 17 Uhr
Freitag: 10 - 14 Uhr

E-Mail:
florian.doerstelmann@
spd.parlament-berlin.de

Telefon:
0177/8196272

Sprechstunden mit Florian Dörstelmann im Bürgerbüro

Do, 22.01.2026, 17 - 18 Uhr
Do, 05.02.2026, 17 - 18 Uhr
Do, 19.02.2026, 17 - 18 Uhr
Do, 05.03.2026, 17 - 18 Uhr
Do, 19.03.2026, 17 - 18 Uhr

Um vorherige Anmeldung mit kurzer Angabe des Anliegens wird gebeten.

Die aktuellen Termine entnehmen Sie bitte unserer Website.

Wo klemmt das Pedal?

Ihre Meinung ist gefragt!

Ob alltäglicher Arbeitsweg, spannende Wochenendtour oder schnelle Erledigung im Kiez: Radfahren soll sicher, bequem und stressfrei sein. Doch im Alltag zeigt sich oft ein anderes Bild – enge Wege, fehlende Verbindungen, unübersichtliche Kreuzungen oder holprige Abschnitte. Wie gut und sicher sind die Radwege in Wilmersdorf und Schmargendorf wirklich? In der kommenden Ausgabe der „Für Sie da“ möchten wir uns näher mit ihrem Zustand beschäftigen. Damit wir uns für bessere, sichere

und alltagstaugliche Radwege einsetzen können, brauchen wir Ihre Einschätzung! Fühlen Sie sich sicher? Fehlen Ihnen Verbindungen? Sollte es mehr Fahrradampeln und bessere Beschilderungen geben? Gibt es Stellen, die dringend verbessert werden müssen oder wo die Baustellen schon viel zu lange dauern? Wo sind die Radwege bereits im wunderbaren Zustand und können als Vorbild dienen? Ihre Perspektive ist wichtig – denn niemand kennt die Wege besser als die Menschen, die sie täglich

nutzen. Teilen Sie gerne Ihre Ideen und Herausforderungen mit den Radwegen in Ihrem Kiez und der näheren Umgebung!

Dazu können Sie uns entweder eine Mail an florian.doerstelmann@spd.parlament-berlin.de schicken, uns unter 0177/8196272 anrufen oder uns persönlich im Bürgerbüro Florian Dörstelmann, Rüdesheimer Platz 7, 14197 Berlin ansprechen. Natürlich können Sie uns auch eine Postkarte schicken. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen!

Unsere Serienempfehlung: Hundertdreizehn

Diese Deutsch-Österreichische Serie in der ARD-Mediathek mit Spuren in Schmargendorf

Mitten in der Nacht: Eine Schneise der Verwüstung auf der Berliner Stadtautobahn, zahlreiche zerbeulte Autowracks, ein umgekippter Reisebus, der in Flammen aufgegangen ist, Leute, die um ihr Leben kämpfen. Diese tragischen Bilder haben sich vor einiger Zeit über mehrere Nächte hinweg auf der ehemaligen A104 zugetragen und dienten der Produktion für die kürzlich erschienene deutsch-österreichische Serie „Hundertdreizehn“.

Die Konsequenzen eines Unfalls bleiben meist unsichtbar. Endet ein solcher Unfall jedoch tödlich, sind pro Todesfall laut Untersuchung des Bundesverkehrsministeriums durchschnittlich 113 Menschen direkt oder indirekt mit dem Schicksal konfrontiert: 11 Familienangehörige, 4 enge

Freunde, 56 Freunde und Bekannte sowie 42 Einsatzkräfte wie Feuerwehrleute, Polizisten und Rettungssanitäter. Diese verschiedenen Sichtweisen möchten die Macher der Serie, die ihrem Titel

der Untersuchung verdankt, Folge für Folge näher beleuchten.

Im Zentrum der Serie stehen sechs Hauptfiguren, deren Leben durch den Unfall auf dramatische Weise

verändert wird. In jeder Folge steht das Schicksal einer Hauptfigur im Mittelpunkt, welches unterschiedlicher nicht sein kann: Die Spanne reicht von inneren Konflikten, über Themen wie Schuld, Verantwortung, Verlust und Hoffnung. Die Macher der Serie arbeiten dabei insbesondere mit Perspektivwechseln und verschiedenen Zeitebenen, um die Spannung bis zum letzten Moment hochzuhalten. Parallel zu den persönlichen Geschichten kommen die Ermittlungen der Kriminalpolizei, die versuchen, die verschiedenen Puzzleteile der Sichtweisen zu einem Gesamtbild zusammenzufügen, um die Ursache des Unfalls aufzuklären.

Die zentrale Szene der Serie, ein schwerer Verkehrsunfall mit ei-

nem Reisebus, wurde im Oktober 2024 über mehrere Nächte hinweg im Schlangenbader Tunnel und an der Autobahnabfahrt Schildhornstraße gedreht. Kleine Anekdote: Die Filmproduktionsfirma hatte Anwohner der „Schlange“ seinerzeit gebeten, ein Licht ins Fenster zu stellen, damit der Wohnblock auf den TV-Bildern besser zu sehen ist.

Die sechs Folgen der Serie, in der u.a. Robert Stadlober, Anna Schudt, Max von der Groeben und Armin Rohde mitwirken, sind in der ARD-Mediathek zu finden.



© WDR/Windlight Pictures/Frank Dicks



Gegensätzliche Entwicklungen

Situation am Breitenbachplatz
und Schlangenbader Tunnel

Wer zuletzt am Breitenbachplatz war, könnte es bemerkt haben: Auf der Brücke wird gearbeitet. Der Asphalt kommt runter. Endlich geht es vorwärts!
Im ersten Quartal 2026 – so zumindest die aktuelle Prognose – beginnen dann die Hauptarbeiten. Diese umfassen den Rückbau der Brückenelemente. Pfeiler und Rampen sind nicht Bestandteil der aktuellen Ausschreibung. Aus Sicherheitsgründen sind Unterbrechungen der U-Bahn-Linie 3

Die Flächen vor dem Schlangenbader Tunnel können wir sozial nutzen: Raum für Kreativität und Miteinander, Wohnen für Studierende, Kunstschaffende, Familien und Senioren oder einfach mehr Grünflächen.
Um dem Breitenbachplatz wirklich wieder mehr Aufenthaltsqualität zu verschaffen, gleichzeitig aber auch den Bedürfnissen der Anwohnerinnen und Anwohner in der Schlangenbader Straße und



Der gesperrte Schlangenbader Tunnel Foto: Jürgen Jänen

während dem Rückbau darüber notwendig.
Anders sieht es am Tunnel Schlangenbader Straße aus. Im Nachprüfungsverfahren beim Kammergericht hat ein unterlegenes Unternehmen die Vergabe überprüfen lassen. Das Kammergericht hat tatsächlich die Ausschreibung für die Sanierung wegen Fehlern gestoppt.
Gut, dass diese Narbe am Breitenbachplatz jetzt geheilt wird! Aber: Rampen und Stützen müssen auch weg. Es ist gut vorstellbar, eine Seite des Breitenbachplatzes für Gastronomie, Begegnung und Grün zu nutzen und ihn wieder zu einem lebendigen Platz zu formen.

ihren Nebenstraßen Rechnung zu tragen, muss jetzt endlich Klarheit über die Zukunft des Tunnels geschaffen werden. Die vorherige Verkehrssenatorin, Frau Schreiber (CDU), hatte 2023 noch lautstark - wenn auch zu aller Überraschung - verkündet, der Tunnel werde schnellstens saniert und sei 2028 fertig. Ihre Nachfolgerin, Frau Bonde (ebenfalls CDU), will sich nun nicht einmal mehr festlegen, wann überhaupt ein planerisches Konzept zu welcher Nutzung auch immer vorgelegt wird ... Zukunftsweisende Verkehrspolitik ist das nicht - aber wir bleiben dran! Im Interesse der Menschen vor Ort.

Vereinheitlichung des Winterdienstes auf Gehwegen

Wer kennt das nicht? Frühmorgens im Winter steht man in den dunklen Morgenstunden vor der Tür. Über Nacht hat es geregnet und geschneit, die Gehwege sind glatt und unter einer Schneedecke verborgen. Jeder Hauseigentümer, jede Hauseigentümerin ist verpflichtet, einen Winterdienst zu organisieren, der rechtzeitig und ordentlich die Gehwege von Eis und Schnee befreit.

Die Qualität der Winterdienste in Berlin variiert stark, und die Erfahrungen der Bürger:innen sind oft sehr unterschiedlich. In diesem Artikel wird zwischen guten und schlechten Winterdiensten unterschieden. Gute Winterdienste zeichnen sich durch eine gründliche und umgehende Beseitigung von Schnee und Eis auf den Bürgersteigen aus. Zudem wird regelmäßig Granulat ausgelegt, um die Rutschfestigkeit zu gewährleisten, sodass alle Passantinnen und Passanten sicher die Gehwege benutzen können. Besonders wichtig ist hierbei, dass gute Winterdienste auch darauf achten, dass Menschen mit Mobilitätseinschränkungen, ältere Menschen und Gehbehinderte jederzeit sicher und ungehindert auf gut geräumten und gestreuten Gehwegen unterwegs sind.

Im Gegensatz dazu sind schlechte Winterdienste solche, die zu spät räumen und kaum Streugut ausbringen. Oft bleibt unklar, wer für die Räumung der Geh- und Straßenlandschaft eigentlich zuständig ist. Dies führt nicht nur zu einer unsicheren Passierbarkeit, sondern auch zu einem zusätzlichen Risiko, insbesondere für ältere Menschen und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen.
Ein weiteres Problem ist, dass die Verantwortung für den Winterdienst bei den Hauseigentümern liegt, was für viele Gehwegbenutzer:innen oft ein Wirrwarr aus gut und schlecht geräumten Gehwegen zur Folge hat. Um eine einheitliche Qualität bei der Winterdienstleistung zu garantieren,

sollte in Betracht gezogen werden, ganze Straßenzüge an einen einheitlichen Winterdienst zu vergeben. Dies würde auch die Möglichkeit bieten, spezielle Schulungen für Winterdienste anzubieten, um ihre Sensibilität für die Bedürfnisse älterer und mobilitätseingeschränkter Menschen zu erhöhen.

Des Weiteren sollte ein effektives Beschwerdemanagement eingeführt werden, über das Bürger:innen schlechte Streuungen und Mangel-Gebiete melden können. Bei wiederholten Schlechtleistungen sollten den Winterdiensten die Verträge gekündigt werden können. Organisatorisch sollte dies entweder von der BSR oder den Grünflächenämtern übernommen werden. So könnten ganze Straßenbezirke und Kieze an die gleichen Winterdienstbetreiber vergeben werden, und viele Leerfahrten würden entfallen. Die Bezahlung bliebe zwar weiterhin in der Verantwortung der Grundstückseigentümer, jedoch könnte die zentrale Verwaltung sowohl die Verpflichtung als auch die Kontrolle und Überprüfung der Arbeiten der Winterdienste wesentlich effizienter gestalten.

Zusammenfassend muss der Winterdienst auf Gehwegen sicherer und barrierefreier gestaltet werden, um insbesondere älteren Menschen und mobilitätseingeschränkten Personen eine sichere und uneingeschränkte Mobilität im Winter zu ermöglichen.



Situation von schlecht gestreuten Gehwegen Foto: Jürgen Jänen

Sperrung von U-Bahnlinien betroffen: U1, U3, U4

Nutzerinnen und Nutzer der U3 müssen sich im neuen Jahr auf mehrmonatige Sperrungen und großräumige Umleitungen einstellen. Ab 20. Januar 2026 wird der von der U1, U3 und U4 frequentierte unterirdische Bahnhof Nollendorfplatz bis Mitte Mai gesperrt sein. Teile der tragenden Deckenkonstruktion im Umfeld des rund 100 Jahre alten Bahnhofs sind stark marode und müssen erneuert werden. Aus diesem Grund ist eine mehrmonatige Sperrung zwingend erforderlich und duldet keinen Aufschub bis zur ursprünglich 2028/2029 geplanten Generalsanierung der U-Bahn in Schöneberg.
Die U3 wird aus diesem Grund nur auf dem Abschnitt zwischen Krumme Lanke und Spichernstraße immerhin mit einem 5-Minuten-Takt und Acht-Wagen-Zügen verkehren. Dass die U3 nicht weiterfahren kann, liegt an fehlenden

Wendemöglichkeiten im Bereich Wittenbergplatz.
Für die unterbrochene Strecke soll ein kombinierter Bus-Ersatzverkehr für die U3 und U4 mit 10-Minuten-Takt vom Bahnhof Spichernstraße über Nürnberger Straße, Taubentzenstraße und Martin-Luther-Straße zum Innsbrucker Platz führen.
Wer z.B. vom Rüdesheimer Platz Richtung Kreuzberg fahren möchte, wird während der Bauarbeiten dreimal umsteigen müssen: Ab Spichernstraße in die U9, dann am Zoo in die U2 und am Gleisdreieck schließlich in die U1, welche bis Warschauer Straße verkehrt.
Wie in Berlin üblich, führen Sanierungen und Baustellen auf U-Bahnhöfen immer zu erheblichen Belastungen der Pendlerinnen und Pendler auf den Strecken der BVG.

Neue Studie zu Gewalt an Frauen - ASOG-Novelle ermöglicht wirksame Maßnahmen

Anlässlich des „Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen“ zeigt eine neue Studie die Beweggründe hinter den jährlich hunderten Tötungsdelikten an Frauen, die auf geschlechtsspezifische Gewalt zurückzuführen sind (auch Femizide genannt). Jährlich am 25. November macht der Tag auf Diskriminierung von und Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufmerksam. Gerade häusliche Gewalt findet oft im

familiären Umfeld statt. Da ist es sehr schwer, diese Nachweise und die Täter, meistens männliche Verwandte der Opfer, dingfest zu machen.
Das Kriminologische Institut der Universität Tübingen hat sich das zum Anlass der Veröffentlichung ihrer neuesten Studie genommen. Die Studie hat erstmals 292 Fälle, darunter 133 Femizide tiefergehend untersucht. 81 % davon fanden im Kontext heterosexueller Partnerschaften statt – der wichtigste Grund: Angst vor Trennung oder Untreue.
Gewalt an Frauen findet dabei in allen gesellschaftlichen Milieus statt, aber vor allem dort, wo wirtschaftliche Not größer ist. Wer sozial isoliert ist, findet zudem schlechter Unterstützung. Die Forschenden fordern eine Reihe an Maßnahmen, die auch die SPD (insbesondere die Arbeitsgemein-

schaft der Frauen in der SPD, kurz ASF) seit vielen Jahren bereits auf der Liste hat: Es braucht eine Reform des Strafrechts und Umgangsrechts, mehr Aufklärung, mehr Frauenhausplätze und die elektronische Fußfessel für Täter.
Der SPD-Abgeordnete Florian Dörstelmann setzt sich für einen wirksameren Schutz vor häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt ein. Die kürzlich wesentlich von der SPD geprägte Novelle des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes im Land Berlin erlaubt neu unter anderem die elektronische Fußfessel nach dem spanischen Modell sowie Fallkonferenzen und mehr Kompetenzen für Beratungsstellen. Auch bessere Analysesysteme und erweiterte Kompetenzen sowie bessere Ausbildung der Polizistinnen und Polizisten im Land Berlin werden durch die Neuauflage des zentralen Gesetzes ermöglicht.





Frohe Weihnachten und guten Start in 2026



Florian Dörstelmann

Mitglied des Abgeordnetenhauses



Steffen Krach

Spitzenkandidat

